

Extraschleife für Schulhaus-Millionen

Thuner Stadtrat (1) Die 1,26 Millionen Franken für die Planung der Sanierung der Oberstufenschule Strättligen sorgten gestern für Zähneknirschen im Stadtrat. Ein Rückweisungsantrag scheiterte jedoch.

Gabriel Berger und
Michael Gurtner

Es sind einige der ganz grossen Brocken in der Finanzplanung der Stadt Thun: Für etliche Millionen Franken sollen in den nächsten Jahren mehrere Schulhäuser auf Vordermann gebracht werden. Gestern Abend hatte der Stadtrat nun vorerst über den 1,26-Millionen-Kredit für die Sanierung und Erweiterung der 50-jährigen Schulanlage der Oberstufe Strättligen zu befinden. Während heute 15 Klassen Platz haben, sollen es künftig 21 sein (wir berichteten).

Grundlage der weiteren Planung ist «Andromeda», das Siegerprojekt des bereits durchgeführten Architekturwettbewerbs. Insgesamt ging es gar um 2,52 Millionen Franken; der Stadtrat hatte über den halb so hohen Investitionsanteil zu entscheiden.

Zunächst Einigkeit im Rat...

Reihum betonten die Fraktions-sprecherinnen und -sprecher, dass die Sanierung notwendig und unbestritten sei. Ebenso einhellig wurde aber ein zentraler Kritikpunkt genannt. «Auffallend sind die relativ hohen Planungskosten», sagte Stadtrat Philipp Deriaz (SVP). «Die Kosten müssen in Grenzen gehalten werden, schliesslich stehen noch viele Grosseprojekte an», fand auch Vanessa Meier (GLP/EVP/EDU).

Auf der linken Ratseite tonte es kaum anders. Adrian Christen (SP) meinte: «Wir wollen keinen zweiten «Fall Grabengut», daher dürfen die Kosten nicht ins Uferlose gehen.» Und Michelle Marbach (Grüne/JG) plädierte dafür, das «Kostenmanagement gut im Auge zu behalten». Alles deutete



Die Schulanlage Oberstufe Strättligen soll saniert und erweitert werden. Dafür hat der Stadtrat gestern Abend Geld gesprochen. Foto: Patric Spahni

auf ein zähneknirschendes, aber letztlich unbestrittenes Ja hin.

... bis zur Rückweisung

Dann ergriff Matthias Zellweger das Wort. Auch der parteilose Stadtrat wollte das Projekt an sich nicht infrage stellen, aber er befand: «Die Stadt hat den Bezug zu realistischen Kosten verloren.» Er erwähnte die Hunderten und Tausenden Stunden Arbeit von Architekten, Fachberatern und der Verwaltung, die bei einem Ja genehmigt würden. «Das ist nicht anständig. Da wird etwa eine halbe Million Franken versenkt.» Zellweger stellte einen Rückweisungsantrag – nicht zuletzt, um

dem neuen Bauvorsteher Reto Schertenleib (SVP) «eine Chance zu geben, die Vollverantwortung des Geschäfts wahrzunehmen».

Nur Parteilos gegen Kredit

Nach dem Sitzungsunterbruch zeigte sich das Parlament selbstkritisch. «Der Antrag ist durchaus sympathisch, aber hier würden wir ein falsches Exempel statuieren», sagte Deriaz. Mehrere Ratsmitglieder gelobten zudem, bei den Kosten künftig frühzeitiger und genauer hinzuschauen. Marbach verwehrt sich indes «gegen das grundsätzliche Misstrauen gegenüber der Verwaltung».

Gemeinderat Reto Schertenleib äusserte dieweil Verständnis für die Vorbehalte Zellwegers. Ja, die Kosten seien hoch, andererseits sei das Projekt seit zehn Jahren im Finanzplan eingestellt und daher das «falsche Übungsmodell» für diese Rückweisung. «Und ich bin derzeit auch ein wenig bedient mit Baustopp», so der Bauvorsteher in Anspielung auf den jüngst erfolgten Marschhalt bei der Eishalle Grabengut.

Der Stadtrat lehnte Matthias Zellwegers Antrag mit 35 zu 3 Stimmen ab. Letztere stammten von den drei Parteilos-Mitgliedern. Doch Zellweger gab sich noch nicht geschlagen: Er for-

mulierte einen weiteren Antrag, den Planungskredit um 15 Prozent zu kürzen. Doch auch damit unterlag Parteilos mit demselben Resultat – und der Gemeinderat brachte das Geschäft ins Trockene.

Die Gesamtkosten für die Erweiterung und Sanierung der Oberstufe Strättligen werden aktuell auf 22 bis 33 Millionen Franken geschätzt. Über den Baukredit wird, nach aktuellem Zeitplan, 2025 das Thuner Stimmvolk befinden. Umgesetzt werden sollen die geplanten Arbeiten dann unter laufendem Schulbetrieb – Stand heute von 2026 bis 2028.

Landschaftsschutz kritisiert Gemeinde

Grindelwald Illegales Bauen sei «seit Jahren» ein Problem, hält die Stiftung Landschaftsschutz fest und schreibt von einer Art «Recht im Unrecht».

«In letzter Zeit werden immer wieder nachträgliche Baugesuche und Hinweise auf illegales Bauen ausserhalb der Bauzone in Grindelwald bekannt», schreibt die Stiftung Landschaftsschutz Schweiz (SL) in einer Medienmitteilung. «Entsprechende Einsprachen oder Anzeigen bleiben oft lange hängig.» Auch herrsche wenig Transparenz hinsichtlich der rechtlichen Konsequenzen – wie etwa Wiederherstellungen. Grindelwald sei «seit Jahren» immer wieder wegen illegaler Bautätigkeiten bekannt geworden. «Leider scheint nach wie vor keine Besserung in Sicht.» Soeben habe die SL in zwei Fällen von nachträglichen Baugesuchen Einsprache erhoben, die Aus- und Umbauten von ehemaligen Landwirtschaftsbauten betreffen würden. «In beiden Fällen werden aber noch weitere unbewilligte Nutzungen und Ausbauten vermutet, die gar nicht Gegenstand der Baupublikation sind.» Der SL seien zudem noch sieben weitere Fälle bekannt. «Oft erfolgen diese illegal vorgenommenen Bauten in Bricolage-Manier», schreibt die Stiftung weiter.

Im vergangenen Dezember hat das Parlament eine Verjährungsfrist von 30 Jahren für illegale Bauten ausserhalb der Bauzone eingeführt. «Dies wirkt offenkundig auch als Signal, es generell nicht so ernst zu nehmen», vermutet die Stiftung. Die kantonalen Aufsichtsbehörden seien in der Regel weit weg, und es scheine sich auch eine Art «Recht im Unrecht» einzuschleichen. Dies betreffe Orte wie Grindelwald, «wo es erstens sehr viele leer stehende Weidhäuser und -ställe hat, die aber auch landschaftsprägend sind, und zweitens bereits sehr viele dieser Bauten als Zweitwohnungen oder für das Gastgewerbe genutzt» würden.

Untersuchung ist aufwendig

«Uns sind die Fälle bekannt», erklärt Beat Bucher, Gemeindepräsident von Grindelwald. «Und wir arbeiten daran.» Allerdings müsse man wissen, dass die Sache kompliziert und aufwendig sei. «Oft ist juristisches Fachwissen nötig.» Die Ressourcen der Gemeinden seien aber begrenzt, entsprechend brauche es Zeit, die Fälle abzuarbeiten. Natürlich sei immer möglich, dass ein Fall auftauche, von dem die Gemeindebehörden nichts gewusst hätten. «Aber wir können auch nicht täglich alles kontrollieren», sagt Bucher. «Falls wir jedoch in Kenntnis gesetzt werden, untersuchen wir die Angelegenheit gewissenhaft. Auch das braucht wieder Zeit und Ressourcen.»

«Erschwerend kommt hinzu, dass es sich um einen langsamen Prozess handelt», erklärt Bucher. Es brauche Absprachen mit dem Kanton, und die Eigentümer hätten – zu Recht – juristische Möglichkeiten, die den Ablauf in die Länge zögen. Und hier stört sich Bucher an der Rolle des Landschaftsschutzes. «Es sind solche Institutionen, die mehr Mitsprache und neue Regeln und Gesetze fordern. Alles Dinge, die den Prozess eben in die Länge ziehen», meint Bucher. «Und dann reklamieren sie, dass es lange geht.»

Samuel Günter

Coup der SP gegen die SVP bei Kommissionswahl

Stadtrat (2) Der Stadtrat hat gestern die Mitglieder der Wahl-, der Kadetten-, der Schul- sowie der Budget- und Rechnungskommission (BRK) neu bestellt. Bei den letzteren zwei Gremien galt es zudem, eine Person für das Präsidium zu küren. Die Wahl gilt für die neue, bis Ende 2026 andauernde Legislaturperiode. Bei der BRK hatte die Präsidienkonferenz vorgängig mit 8 zu 0 Stimmen SVP-Vertreter Thomas Bieri als Präsidenten vorgeschlagen. SVP-Sprecher Peter Aegerter strich im Rathaus zudem Biers Fachkompetenz in Finanzfragen hervor und dass Bieri – mit Blick auf die grüne Finanzvorsteherin – eine «Ausgewogenheit» schaffe.

Bieri war indes bestritten. SP-Sprecherin Manon Jaccard schlug Parteikollege Martin Allemann vor. Dieser oblagte letztlich – mit 20 Stimmen. Peter Aegerter reagierte mit einer Fraktionserklärung, sprach von einem «Vertrauensbruch» und angesichts des ursprünglichen Vorschlags von einer «unsauberen Wahl». BRK-Vizepräsident wurde, wie vorgeschlagen, Mark van Wijk (FDP/Die Mitte). Bei der Schulkommission wählte das Parlament den von der SVP portierten Mathias Berger zum Präsidenten. (gbs)

Innovativ oder untauglich?

Stadtrat (3) Die Idee von «foilenden» Fähren auf dem See wird nicht vertieft abgeklärt.

«Blödsinn», «schöne Idee», «Seldwyla»: Die Meinungen der Leserinnen und Leser in der Kommentarspalte zum Bericht über die sogenannte «foilenden» Fähren waren alles andere als einheitlich. Die Fraktionen von SP, Grünen/Jungen Grünen sowie die FDP-Stadratsmitglieder hatten die Idee mit einem Postulat in die Politik eingebracht: Elektro-Pendlerboote mit Tragflügeltechnik könnten mithelfen, das Stauproblem am rechten Seeufer zu lösen. Vom Gemeinderat gab es eine Abfuhr: Anders als in Stockholm, wo ein Modell der Firma Candela in den nächsten Monaten getestet wird, seien die Distanzen in der Region zu kurz. Die Fähre könne so gar nicht genügend Geschwindigkeit aufnehmen, um ins «Foil» zu kommen. Dabei schwebt das Boot mittels des dynamischen Auftriebs der unter Wasser liegenden Tragflügel – oder eben Foils – quasi über die Wasserfläche und verbraucht sehr wenig Energie.

Adrian Christen (SP) widersprach fundamental: Er habe sich bei Candela erkundigt – die Fähre «foile» innerhalb von 30 Sekunden. Innerhalb von 30 Sekunden. Auch die Distanzen seien in Stockholm und der Region

entgegen den Aussagen der Stadtregierung durchaus vergleichbar. Christen plädierte dafür, die Resultate des kürzlich gestarteten Testbetriebs in Stockholm abzuwarten und entsprechend das Postulat anzunehmen, aber nicht als «erfüllt» abzuschreiben.

«Bestenfalls Spassfaktor»

Anders tonte es bei Philipp Deriaz (SVP): Um die Verkehrssituation zu verbessern, sei die Lösung mit «foilenden» Fähren «untauglich, sie bietet bestenfalls einen Spassfaktor». Deriaz' Schlussfolgerung: «Konzentrieren wir uns doch auf das Realistische.» Anders als Adrian Christen sieht Marc Fritschi (Parteilos) keine Zeiteinsparung gegenüber dem im Stau stehenden Bus – dies, weil 300 Meter vor und nach jeder Lande nur Schritttempo erlaubt sei.

Gemeinderat Reto Schertenleib (SVP) sagte: «Wir sollten die Ressourcen für Projekte einsetzen, die das Potenzial haben, schneller umgesetzt zu werden.» Deshalb sprach er sich gegen eine weitere, vertiefte Prüfung aus – das Postulat könne abgeschrieben werden. Diesem Antrag folgte der Stadtrat mit 25:13 Stimmen. (mkt)

Synergien werden geprüft

Stadtrat (4) Thuner Velodienstleister sollen stärker zusammenarbeiten als heute.

Bis zu 40-mal pro Tag sind Mitarbeitende von Collectors Thun für ihre rund 900 Kundinnen und Kunden in der Region Thun unterwegs. Sie bringen ihnen die vollen Tragtaschen des Wocheneinkaufs nach Hause oder holen Recycling-Behältnisse zur Entsorgung ab. Nun ist die Existenz des Velohaushälterdienstes wegen einer Neuausrichtung des Sozialpartners, des Schweizerischen Arbeiterhilfswerks (SAH), aber gefährdet; fürs Erste soll ein Crowdfunding helfen (wir berichteten).

Bestrebungen, das Angebot zu stützen, kommen ebenso aus der Politik. Der Thuner Stadtrat behandelte gestern Abend ein überparteiliches Postulat, das auf die Stärkung der Velodienstleistungen abzielte. Es ging dabei nicht nur, aber auch um Collectors. Die Köpfe hinter dem Vorstoss regten an, «mittelfristig eine mögliche Zentralisierung» der drei Angebote Velostation, Bikesharing und Collectors zu prüfen.

Starke Institutionen gefordert

Erstunterzeichnerin Cloe Weber (Grüne/JG) strich die Vorzüge von Collectors für Familien und ältere Menschen hervor und

meinte: «Um dies weiterführen zu können, ist die Nutzung von Synergien und eine optimale Abstimmung der Ressourcen aller drei Anbieter sehr wichtig.» Aus Sicht Mark van Wijks (FDP/Die Mitte) muss dabei vermehrt auch regional gedacht werden.

Thomas Bieri (SVP) votierte ebenfalls für eine verstärkte Zusammenarbeit und zeigte sich erstaunt darüber, dass dies offenbar nicht schon geschehe. Und Nina Siegenthaler (SP) hielt fest: «Alle diese Angebote leisten einen Beitrag zur Integration. Dies setzt starke Institutionen voraus.» Mittelfristig gelte es daher, die verschiedenen Aufgaben zu zentralisieren.

Die neue Sozialvorsteherin Eveline Salzmann (SVP) versprach, den Prüfauftrag «ergebnissenoffen» anzugehen, und unterstützte die Voten aus dem Parlament. «Das alles wird uns aber etwas kosten. Und auch über eine neue Rechtsform oder den Verzicht auf die Beizung weiterer Gemeinden werden wir reden müssen», so Salzmann. Am Ende wurde das Postulat komfortabel mit 35 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen. (gbs)